Pressekonferenz am 04. September 2025

**GEW NRW zu den Ergebnissen einer OGS-Befragung**

**Sprechzettel Ayla Çelik, Landesvorsitzende GEW NRW**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

es ist nicht lange her, da haben wir uns alle in Düsseldorf zum Schuljahresauftakt gesehen – heute ist es ein anderes Thema und ein anderes Arrangement: herzlich willkommen in den Räumen der Bildungsgewerkschaft – schön, dass Sie alle da sind - persönlich und digital zugeschaltet.

Wir starten in das letzte Schuljahr, bevor der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz Realität werden soll – ab August 2026 für alle Erstklässler\*innen. Schon 2021 wurde der Rechtsanspruch beschlossen. Zeit genug, will man meinen, damit die Landesregierung gelingende Rahmenbedingungen sicherstellt. Genau dafür hat sie im Jahr 2022 in ihrem Koalitionsvertrag ein Landesausführungsgesetz versprochen mit verbindlichen Mindeststandards. Dieses Gesetz gibt es bis heute nicht. Und genau das wird für Kinder, Eltern und Beschäftigte jetzt zur Belastung.

Von Anfang an konnte man bei der Umsetzung das Gefühl haben, nicht die Erkenntnis darüber, dass der Ganztag ein „Gamechanger“ für mehr Chancengleichheit, für mehr individuelle Förderung, für ein Zusammenwachsen der zu oft nebeneinander existierenden Systeme Grundschule und Offener Ganztag sein kann, hat letzten Endes über die Zukunft des Ganztags entschieden, sondern das haushälterische Spardiktat - auf Kosten der Zukunftschancen nächster Generationen.

Ein Landesausführungsgesetz mit landesweit verbindlichen Mindeststandards hätte das Potenzial gehabt, die Zukunftschancen von Kindern positiv zu beeinflussen! Stattdessen droht das Projekt an fehlender Planung, fehlenden Ressourcen und fehlendem politischen Willen zu scheitern. Abschließend kann ich nur sagen: Die Absicht der Landesregierung war richtig, die Umsetzung leider mangelhaft und in offenem Widerspruch zum eigenen Anspruch, in NRW die Bildungschancen aller Kinder zu verbessern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das ist die politische Einschätzung. Wir wollten es aber genau wissen und haben uns im Frühjahr gefragt: Wie ist es denn in den Einrichtungen, in den Schulen? Was sagen die Expert\*innen vor Ort? Was funktioniert gut? Wo liegen die größten Probleme? Und was muss sich dringend ändern, damit Ganztag gelingt?

Unter dem Motto: „GEHT GANZ SO ?“ haben wir gefragt. Und über 2.900 Beschäftigte (Lehrkräfte, OGS-Leitungen, sozialpädagogische Fachkräfte und weitere OGS-Beschäftigte) aus Schulen und Offenen Ganztagsschulen haben geantwortet.

Wir wussten, dass es nicht gut läuft, aber dennoch waren wir teilweise überrascht. Das Ergebnis zeigt sehr deutlich, wie Ganztag gelingen kann.

Beginnen wir mit einem positiven Ergebnis: 95 Prozent der OGS-Mitarbeiter\*innen arbeiten gerne in ihrem Beruf. Das ist ein beeindruckend hoher Wert und zeigt, wie groß die Motivation der Beschäftigten ist.

Aber die Realität zeigt auch, dass Motivation allein nicht reicht. 60 Prozent der Beschäftigten können von ihrem Gehalt nicht leben und müssen sich mit Nebenjobs über Wasser halten. Erneut haben wir es mit der Kombination zu tun: hochmotivierte Beschäftigte, aber unzureichende **Arbeitsbedingungen,** die verhindern, dass der Rechtsanspruch erfolgreich umgesetzt werden kann. Und diese Bedingungen hätte die Landesregierung längst schaffen können.

Denn wir haben mit unserer Umfrage direkt zwei Hebel identifizieren können, um diese prekäre Beschäftigung im Bildungswesen zu ändern. Erstens: 54 % der Beschäftigten würden gerne mehr Stunden in der OGS arbeiten, können das aber nicht aufgrund erzwungener Teilzeit. Aufgrund fehlender Stellenkontingente und oftmals starrer Modelle der Teilzeitbeschäftigung wird ihnen eine Möglichkeit der Stundenaufstockung oft verwehrt. Zweitens: 37% der OGS-Beschäftigten arbeiten ohne Tarifvertrag und damit unter schlechteren Bedingungen als mit Tarifvertrag.

Wir erwarten hier mehr Engagement der Träger, eine weitgehende Tarifbindung zu erreichen – aber auch die Landesregierung kann hier wirksam werden, durch entsprechende Gesetze und Finanzierung.

Nun zu den **Rahmenbedingungen:** Die zweite zentrale Botschaft betrifft die Räume. 80 Prozent des OGS-Betriebs finden in normalen Klassenräumen statt. Räume, die für Unterricht gedacht sind, aber nicht unbedingt den Anforderungen des Ganztags gerecht werden (mit Spiel, Bewegung und Kreativität am Nachmittag). Und 80 Prozent der Befragten sagen ganz klar, dass es zu wenig OGS-Räume gibt. Diese Raumnot führt regelmäßig zu Konflikten zwischen Lehr- und OGS-Kräften. Das geben 65 Prozent der Befragten an.

Obwohl auch hier das Problem seit langem bekannt ist, wurde viel zu oft bei Neubauten und Sanierungen der Ganztag nicht systematisch mitgedacht. Damit verhindern diese Bedingungen genau das, was wir eigentlich brauchen: Kooperation und ein gutes Miteinander.

Ein weiteres dringliches Thema ist die Verzahnung zwischen Schule und OGS. Kinder sind am Vormittag anders als am Nachmittag, und ihre Entwicklung muss ganzheitlich gesehen werden. Dafür braucht es verbindliche Strukturen: gemeinsame Sitzungen, pädagogische Abstimmungen zwischen Schule und OGS – organisatorisch, planerisch sowie pädagogisch, zum Beispiel durch Regelungen im Schulgesetz oder das versprochene, aber nicht umgesetzte Ausführungsgesetz. 65 Prozent der Befragten wünschen sich eine engere Verzahnung. Sie wollen pädagogisch gemeinsam planen, sich abstimmen, den Blick auf die Kinder zusammen entwickeln. Doch stattdessen werden Schule und OGS weiterhin als getrennte Systeme behandelt. Verbindliche Strukturen für Kooperation und die Einbindung des OGS-Personals in die Schulentwicklung fehlen und müssen dringend eingeführt werden.

Zu den OGS-Plätzen konnten wir Folgendes herausfinden: Über 30 Prozent der befragten Grundschulen haben 301 und mehr Schüler\*innen, aber nur 7 Prozent der Offenen Ganztagschulen bieten ebenso viele Plätze wie die Anzahl ihrer Schülerschaft. Bereits heute werden an 40 Prozent der Schulen jedes Jahr zwischen 10 und 50 Kinder trotz Anmeldung abgewiesen. Wenn im nächsten Jahr die ersten Jahrgänge den Rechtsanspruch geltend machen, wird diese Lücke noch größer.

Und die Situation verschärft sich zusätzlich: Mit der Rückkehr zu G9 gehen den Grundschulen im kommenden Jahr Lehrkräfte verloren, die über Vorgriffsstellen abgeordnet waren. Schon heute sind die Grundschulen stark belastet, und diese Entwicklung verschärft die Situation massiv. Ohne eine deutliche Stärkung der Personalsituation vor Ort wird der Ganztag nicht gelingen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Antwort auf unsere Frage „GEHT GANZ SO?“ lautet: So, wie es jetzt läuft, geht es nicht und so darf es nicht bleiben! Und wir wissen, was es braucht, damit er gelingt, und fordern deshalb:

* Erstens, bessere Arbeitsbedingungen – keine erzwungene Teilzeit, Tarifbindung für alle, faire Löhne statt prekäre Jobs.
* Zweitens, bessere Rahmenbedingungen – eigene Räume für die OGS, eine Ausstattung, die den Anforderungen gerecht wird.
* Drittens, verbindliche Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Schule und OGS.
* Viertens, die Landesregierung muss endlich handeln: Das Landesausführungsgesetz muss kommen, landesweite Mindeststandards müssen gesichert werden, und es braucht zusätzliche Mittel für Personal und Infrastruktur.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn diese Bedingungen erfüllt werden, kann der Ganztag ein echter Gewinn für Kinder, Eltern und Schulen sein.

Die Landesregierung hat ihre Versprechen nicht eingelöst. Mindeststandards?

Fehlanzeige. Landesausführungsgesetz? Fehlanzeige. Strategischer Plan?

Fehlanzeige. Ein transparentes Konzept für die zusätzlich entstehende Personallücke

durch Abzug der Vorgriffsstellen? Fehlanzeige.

Jetzt ist die Zeit, **aus Versprechen Wirklichkeit zu machen** – für die Kinder

in NRW. Die Zeit läuft – und die Landesregierung ist in der Verantwortung.

Vielen Dank.